

Kundgebung am 16. Juli 2026 in Tübingen:

Redebeitrag von Martin Gross

Vorsitzender des VdK Ortsverband Tübingen

Zum Thema Rente

Liebe Mitstreiter*innen für stabile und soziale Sicherheit,

die Rentenkommission hat inzwischen ihren Vorschlag abgegeben, und der soll eins zu eins umgesetzt werden. Da gibt es ein paar Sachen, die durchaus gut sind:

Dazu gehört die Ausweitung auf Selbstständige und dass die Beiträge paritätisch finanziert bleiben, auch für die neue Kapitalrente.

Was für uns gar nicht geht: Die Abschaffung der Rente mit 45 Versicherungsjahren!

Im Schnitt gehen die Menschen in der EU nach 37 Erwerbsjahren in Rente, in Deutschland im Schnitt nach 40 und an der Spitze stehen die Niederlande mit 43,8 Jahren. Wieso sollen dann wir nicht nach 45 harten Arbeitsjahren abschlagsfrei mit 65 in Rente gehen dürfen.

In einer repräsentativen Umfrage für den Sozialverband VdK sprachen sich 75 Prozent der Befragten für eine Beibehaltung des abschlagsfreien Rentenzugangs ab 65 Jahren für besonders langjährig Versicherte aus. Noch deutlicher war die Zustimmung für Menschen mit einer Schwer-behinderung (78 Prozent). Die breite Akzeptanz für diese beiden vorge-zogenen Rentenarten ist selbst bei CDU und SPD-Wählern vorhanden. Auch bei den Jüngeren wollen sich noch mehr als 50% diesen Weg in die Rente offenhalten.

Und wie unsinnig die geplante Streichung ist, will ich an einem konkreten Beispiel festmachen:

Eine Briefzustellerin, die mit 16 ihre Ausbildung bei der Post begonnen hat und jetzt Mitte dreißig ist, wird künftig drei Jahre länger arbeiten müssen, statt bis 65 bis 68. Wenn sie in Rente geht, hat sie sage und schreibe 52 Jahre gearbeitet. Wie soll das gehen?

Dazu kommt, dass die neue Kapitalrente sich frühestens ab 2045 aus-zahlen wird. Dagegen ist das Rentenniveau von derzeit 48 % nur bis 2031 gesichert.

Wir fordern, dass die Haltelinie weiter fortgeschrieben wird, sonst sinkt das Rentenniveau rasch auf 46 % oder noch weniger!

Das darf nicht passieren, denn schon jetzt steigt die Altersarmut in Deutschland. (Männer: 1405 Euro, Frauen: 955 Euro)

Es ist höchste Zeit, dass neben den Selbstständigen auch Beamte und Politiker in die gesetzliche Rente einbezahlen!

Und ich fordere Politik und Medien auf, dass nicht weiter über die gesetzliche Rente Lügen verbreitet werden!

Da hieß es doch erst vorletzte Woche in der Nachrichtensendung „Heute“. Die Rente wird immer teurer! Aber das stimmt nicht:

2004 wurde vom BIP 10,4 % für die Rente ausgegeben und 2024 waren es nur noch 9,4% vom BIP (Bruttoinlandsprodukt).

Das eigentliche Problem sind die versicherungsfremden Leistungen, die der Rentenversicherung aufgebürdet werden.

Der Staat zahlt der Rentenversicherung einen Zuschuss für diese Leistungen in Höhe von nur 100 MRD Euro. Die Rentenversicherung muss aber jedes Jahr 140 MRD an versicherungsfremden Leistungen ausbezahlen.

Oder direkt gesagt: der Staat bescheißt die Rentenversicherung jedes Jahr um 40 MRD! Das ist das wirkliche Problem und muss dringend geändert werden.

Moment! Moment! – würden jetzt viele Politiker sagen – es ist ja kein Geld da.

Ja, der Haushalt ist knapp, auch weil die Superreichen in diesem Land schon lange zu wenig fürs Gemeinwohl beitragen. Sie müssen ja keine Vermögenssteuer bezahlen, wie in anderen europäischen Ländern!

Die zwei reichsten Familien Deutschlands, Schwarz und Boehringer, beide übrigens aus Baden-Württemberg, besitzen inzwischen so viel wie die untere Hälfte, so viel wie 42 Millionen Menschen zusammen. Ist das nicht pervers?!

Insgesamt hat das Vermögen der Milliardär*innen in Deutschland um 30% zugenommen (auf ca. 740 MRD Euro/ Bundeshaushalt 524 Milliarden Euro).

Wenn wir es nicht schaffen, dass diese Superreichen eine gerechte Vermögensteuer bezahlen, dann werden wir unsere soziale Stabilität verlieren. Die Kredite für Rüstung und ihre Zinsen werden zukünftig den Bundeshaushalt so stark belasten, dass dann bei Sozialem weiter gestrichen wird.

Das Ergebnis wird sein, dass die Menschen sich aus Frust zunehmend von der Demokratie verabschieden werden. Das darf nicht passieren!

Wir wollen, dass es gerecht zugeht, das heißt, dass insbesondere in Krisenzeiten nicht nur bei den kleinen Leuten gespart wird, sondern dass die wirklich Vermögenden auch einen Teil der Last tragen. Das ist schon längst überfällig!

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit!